



Oktober 2004

Frieden durch Gerechtigkeit

Friedensarbeit vor der Frage nach
wirtschaftlicher Macht

Erarbeitet von der Kommission Weltwirtschaft –
Ökologie – Soziale Gerechtigkeit

Inhalt

1. Die Friedensfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts	Seite 2
2. Globalisierung als struktureller Kontext	Seite 4
3. Der Grund unserer Hoffnung und unseres Widerstands	Seite 10
4. Perspektiven und Akteure von Veränderungen	Seite 13
5. Spurensuche: Wo liegen die Kompetenzen von pax christi?	Seite 15



1. Die Friedensfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts – eine kurze Bestandsaufnahme

Frieden hat eine soziale, ökologische, ökonomische, kulturelle und natürlich auch eine politische Dimension. Wofür fühlt sich dann „die Friedensbewegung“ zuständig? Nur für „Krieg“? Und was ist „Krieg“ heute? Nur einer mit Kriegswaffen oder auch mit anderen Waffen?

Frieden hat nicht die Dimension der Ewigkeit als etwas, das, einmal erreicht, ein für alle mal da ist, gilt und bleibt.

Dennoch ist Frieden „bestimmbar“, weniger als Zustand, mehr als Prozess, als ein Weg - nicht ziellos, aber auch nie fertig.

Wenn Leben ein ständiger Kampf ist: ums Überleben, um die Verteilung und damit die Teilhabe an Gütern und Macht, dann ist Frieden eine gewaltlose bzw. –arme Form dieser Teilhabe und Krieg das massivste Instrument der Gewalt, mit dem der Kampf um Teilhabe an Gütern und Macht ausgefochten wird. Krieg und Frieden sind immer auch Bestandteile von Kämpfen um Verteilung von Ressourcen zum Leben und um die Teilhabe an Macht und Einfluss.

Im Kontext kapitalistischer Globalisierung und der mit ihr verbundenen neoliberalen Begleitmusik werden die Karten für den Zugang zu den Gütern, die Menschen zum Leben brauchen, ebenso wie für den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Macht neu gemischt. Dabei wird der Konkurrenzkampf um den Zugang zu Reichtum und Macht immer härter. Ökonomische und politische Konflikte nehmen an Schärfe zu.

Dabei entstehen neue Formen von Gewalt. Diejenigen, die davon geträumt hatten, mit dem Ende des

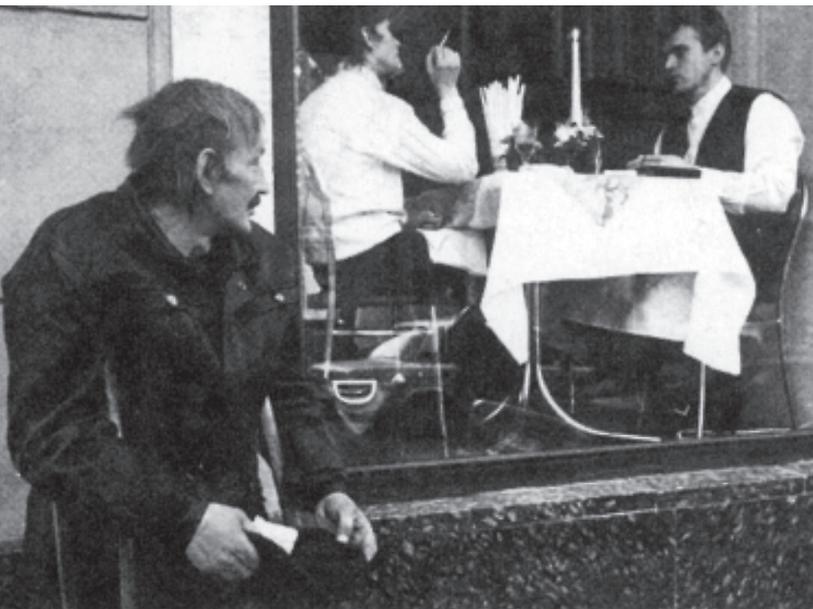
Ost-West-Konfliktes könnte eine Friedensdividende für die Entwicklung von Gerechtigkeit und Frieden eingefahren werden, müssen feststellen, dass die alten Instrumente militärischer Gewalt in neuer Form und mit neuen Rechtfertigungsmustern ausgestattet verstärkt zum Einsatz kommen. Und die Rechtfertigungen des Einsatzes von Gewalt haben nach den Debatten um „humanitäre“ Militäreinsätze mit der Diskussion um „humanitäre“ Folter bisher kaum für mögliche gehaltene Dimensionen erreicht.

Je mehr der neoliberale Kapitalismus zu einem Modell gnadenloser Bereicherung und Ausgrenzung wird und je deutlicher wird, dass er das Leben der Menschen auf dem Globus nicht sichern und die Teilhabe der Menschen an gesellschaftlicher und politischer Macht nicht erreichen kann, desto barbarischere Formen droht er anzunehmen. Kapitalismus – in seinen globalisierten und neoliberalen Spielarten - hat immer weniger mit Frieden und immer mehr mit den verschiedensten Formen von Krieg – vom ökonomischen Kriegen bis hin zum Krieg um die Köpfe – zu tun.

Wir können feststellen, dass zur Zeit weltweit zwei unterschiedliche, sich aber ergänzende Begriffe in Gebrauch sind, die als eine Art Allzweckwaffe dienen: „Globalisierung“ und „Terrorismus“. Sie werden als Rechtfertigung für die Ökonomisierung des Globus und deren bewaffnete Absicherung und gleichzeitig als umfassende innen- sowie außenpolitische Drohungs- und Einschüchterungsmetaphern eingesetzt.

Man kann sagen, dass sich in den Begriffen „Globalisierung“ und „Terrorismus“ die Dimensionen der Friedensgefährdung der Gegenwart wie in einem Brennpunkt spiegeln.

pax christi hat Ende der 90er Jahre versucht, die Friedensarbeit angesichts neoliberaler wirtschaftlicher Macht neu zu bestimmen. „Wer Frieden will, muss sich mit der strukturellen Gewalt ökonomi-



scher Rahmenbedingungen und der Dominanz wirtschaftlicher Macht auseinandersetzen“. heißt es in dem von der Delegiertenversammlung verabschiedeten Positionspapier.

Worin bestehen die Herausforderungen für pax christi, die Friedensfrage erneut durchzubuchstabieren und eine Positionsbestimmung zu entwickeln?

1. Angesichts des Zusammenhangs von „Globalisierung“ und „Terrorismus“ stellt sich die Friedensfrage neu. Kapitalistische Globalisierung, die in dem Positionspapier von 1998 als strukturelle Gewalt beschrieben worden war, hat neue Formen von Gewalt hervorgebracht.

■ Die Warlords (private Kriegsherren) machen sich die staatlichen Zerfallsprozesse ebenso zunutze wie Tatsache, dass die Beteiligung am Kampf dieser privaten Terrorbanden um Vorherrschaft bzw. um die Kontrolle über gewinnträchtige Ressourcen zu einer Strategie der Überlebenssicherung einer überflüssig gemachten Bevölkerung wird. So kommt es im Kontext der Globalisierung auch zur Privatisierung der Gewalt.

■ Terroristische Anschläge richten sich gegen die „westliche Welt“. Ziel ist es, dem Feind durch Anschläge auf symbolische Ziele einen möglichst großen Schaden zuzufügen. Auch diese Form des Terrorismus ist mit der kapitalistischen Globalisierung eng verknüpft. Aus ihr zieht er seine materiellen Ressourcen und kann an die mit den Marginalisierungsprozessen verbundenen Erfahrungen ökonomischer und kultureller Demütigung als Quelle der Legitimation anknüpfen.

■ Gleichzeitig entwickeln sich neue Formen staatlicher Gewalt: Sie reichen von Gewalt gegen Flüchtlinge über Maßnahmen innerer Sicherheit, die eine fortgesetzten Aushöhlung demokratischer Freiheitsrechte darstellen, bis hin zu neuen Formen militärischer Intervention. All dies sind Versuche, die Globalisierung mit den verschiedensten Formen bewaffneter Gewalt durchzusetzen und ihre destruktiven Folgen „sicherheits“politisch in den Griff zu bekommen. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ bietet dabei eine wichtige Legitimation – auch wenn es darum geht, globalisierungskritische Bewegungen in die Nähe des Terrorismus zu rücken und deren Freiheitsrechte einzuschränken. Die Militarisierung der Politik hat jüngst die neue EU-Verfassung zum Ziel erhoben.

2. Wir beobachten massive Veränderungen in den Strukturen politischen Handelns.

■ Dazu gehört eine schleichende Aushöhlung demokratischer Standards. Sie zeigt sich vor allem in der Entmachtung der Parlamente hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zu souveräner Politik und in der Ermächtigung internationaler Konzerne zu Entscheidungen, die massive Auswirkungen auf die Lebenssituation von Menschen haben.

■ Statt der Herstellung einer multilateralen Form internationaler Ordnungssysteme, die der Vielfalt der daran beteiligten Völker, Staaten und Kulturen und ihren Lebensinteressen entsprechen, erleben wir eine Vorgehensweise, die sich als Vereinheitlichung auf der globalen politischen Ebene charakterisieren lässt. Von den kapitalistischen Zentren wird eine globalisierte Einheitsökonomie, -politik- und -kultur (das westlich-kapitalistische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Lebensmodell) vorangetrieben. Dazu – so wird behauptet – gebe es keine Alternative.

■ Dieser „Polyzentrismus“ des globalisierten Kapitalismus wird überlagert durch den im Irakkrieg sichtbar gewordenen Strategiewechsel der USA zu einer hegemonialen, unilateralen Politik. Die Versuche der USA, eine „monozentrische“ Vereinheitlichung durchzusetzen führt zu einer konfliktträchtigen machtpolitischen Neuformierung der kapitalistischen Zentren. Die Versuche einer politischen Monopolisierung fördern auf globaler Ebene ökonomische Monopole.

3. Wir beobachten Tendenzen zur Totalisierung kapitalistischer Globalisierung, die unseren Widerspruch vor allem als christliche Friedensbewegung herausfordern.

■ Immer mehr Lebensbereiche von Menschen geraten unter den Druck der Globalisierung: Arbeit (und Arbeitslosigkeit), Konsum und Freizeit, der Zugang zu wesentlichen Gütern wie Gesundheit, soziale Sicherheit, Wasser, Bildung... Im konkreten Alltag können Menschen erfahren, wie die Welt zur Ware wird und wie dieser Prozess das Leben der Menschen verändert.

■ So ist es kein Zufall, dass kapitalistische Globalisierung auch eine Innenseite zeigt. In ihrem Zusammenhang entsteht das Menschenbild des ‚homo oeconomicus‘, in dem auch der Mensch den Gesetzen der Ökonomisierung unterworfen wird. Er soll für die Verwertung des Kapitals „funktionieren“ - oder er ist „überflüssig“.

■ In der Formel „Es gibt keine Alternative“ kommen die Tendenzen zu Totalisierung und Verabsolutierung am greifbarsten zum Ausdruck. Wo es keine Alternativen gibt, ist die Geschichte zu Ende bzw. auf die ständige Wiederholung des Gleichen reduziert - eine Verewigung der Zeit ohne Finale. Von Hunger und Durst nach Gerechtigkeit, gar von der Hoffnung auf Gott und sein Reich zu sprechen, ist dann sinnlos.

4. Die Tendenzen zu Totalisierung und Verabsolutierung erfahren wir nicht zuletzt im Alltag unseres politischen Engagements für Gerechtigkeit und Frieden.

■ Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatten viele für Gerechtigkeit und Frieden engagierte Menschen noch Hoffnungen auf eine „Friedensdividende“ gesetzt. Inzwischen müssen wir ernüchert feststellen: Trotz allen Bemühens ist es nicht gelungen, Perspektiven von Gerechtigkeit und Frieden nachhaltig in der Politik zu verankern.

■ Viele Gruppen und Einzelpersonen haben versucht, über Kampagnen und Lobbygespräche mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik konkrete Einzelvorschläge durchzusetzen. Auch diese Versuche, im realpolitischen Sinn „politikfähig“ zu sein, haben kaum zu Ergebnissen geführt. Im Gegenteil, die politischen Parteien sind sich in ihren an der Logik des Marktes orientierten Grundpositionen so einig, dass sie keine politischen Alternativen mehr repräsentieren.

■ Gleichzeitig formiert sich außerhalb der Parlamente Opposition neu. Dazu gehören globalisierungskritische Gruppen, Initiativen und Netzwerke, die um die Wiedergewinnung des Politischen kämpfen. Nicht wenige von ihnen sehen heute eine Situation, in der sich der Kapitalismus endgültig als Auslaufmodell erwiesen hat und in der seine

Prediger in fast verzweifelter Manier nur einen Lösungsweg kennen: Immer mehr und immer rigider von alledem, was bereits zur Krise geführt hat.

Angesichts der benannten Veränderungen und Erfahrungen muss pax christi ihre Arbeit ökonomisch, politisch und theologisch neu reflektieren und verorten. Der Versuch einer „Positionierung“ der Friedensarbeit von pax christi im Kontext einer kapitalistischen Globalisierung, die immer „alternativer“ und damit absoluter durchgesetzt wird, soll dabei helfen.



2. Globalisierung als struktureller Kontext

Die aktuellen Phänomene und Entwicklungen, unter denen Friedensarbeit heute stattfindet, werden in großer Übereinstimmung als „Globalisierung“ bezeichnet. Hinter diesem schillernden Begriff verbergen sich unterschiedliche Interpretationen und Bewertungen der ökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungen: Die einen sehen Globalisierung als Chance zur Erlangung größeren Wohlstands und zur Durchsetzung menschenrechtlicher Standards, die anderen protestieren gegen die ungleichen Lebensverhältnisse und die Machtkonzentration bei großen Institutionen und Konzernen. Lässt sich hinter den Prozessen ein roter Faden erkennen?

2. 1. Ein Blick auf die globalisierte Welt

Wachstum und Konzentration von Handel und Investitionen

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist gekennzeichnet durch die Zunahme des weltweiten Handels. So war das Handelsvolumen der reichen OECD-Staaten Mitte der 90er Jahre bereits achtmal so groß wie 1960. Während der Welthandel in den letzten 50 Jahren aber pro Jahr um fast 7 % anwuchs, stieg die reale Produktivität der Volkswirtschaften nur um rund 3,9 %. Die weltweiten Investitionen (die überwiegend von den Industrieländern getätigt werden), sind von ca. 200 Mrd. \$ im Jahr 1990 auf ca. 1270 Mrd. \$ im Jahr 2000 gestiegen.

Allerdings zeigt ein Blick auf das Wirtschaftsgeschehen nicht gleich starke, durch freien Handel

verbundene Nationen und Regionen, sondern die Bildung regionaler Handelsblöcke: Die NAFTA mit den USA, die EU und ASEAN mit Japan sind eng verflochten, der Rest der Welt spielt nur eine untergeordnete Rolle. Wichtiger noch ist der intra-regionale Handel: Die EU wickelt ca. 70 % ihres Handels untereinander ab. In den anderen Schwerpunkten der Triade ist dieser Anteil geringer (in Nordamerika 30 bis 35 %). Dagegen ist in Afrika oder Lateinamerika fast der gesamte Handel für den Weltmarkt außerhalb der jeweiligen Region bestimmt – hauptsächlich für Europa und die USA. Die EU und die USA sind sozusagen der globale Markt. Viele Staaten und Regionen des Südens, darunter fast der ganze afrikanische Kontinent, sind vom Weltmarkt abgekoppelt.

Außerdem wird ein großer Teil des Außenhandels der Länder des Südens von transnationalen Konzernen aus den Industrieländern abgewickelt. Dabei ist etwa die Hälfte des Welthandels Intra-Konzernhandel zwischen den Kontinenten, gesteuert aus den Zentralen der „global cities“. Die Fusionen und Übernahmen der großen Unternehmen machen überdies einen größer werdenden Anteil der Konzerninvestitionen aus.

Explosionsartiger Anstieg der Bedeutung der Finanzmärkte und massive Spekulationen

Dramatisch ist die Entwicklung auf den Finanzmärkten zu nennen: Der Umfang des Handels mit Aktien und Anleihen ist gewaltig gewachsen, die Geschwindigkeit des Umschlags hat enorm zugenommen. Wurden 1979 Devisen im Wert von 120 Mrd. \$ pro Tag gehandelt, betrug dieser Wert im Jahr 1998 schon 1.490 Mrd. \$. Vier Tage Devisenhandel hätten dabei genügt, um den ganzen internationalen Handel des Jahres 1998 abzuwickeln. Nach dem Abbau von Kapitalverkehrskontrollen und dem Ende des Systems fester Wechselkurse 1973 zirkulieren enorme Summen auf den internationalen Finanzmärkten. Seit den 90er Jahren kam es zu massiven Spekulationswellen, die regelmäßig Finanzkrisen in unterschiedlichen Regionen der Welt zur Folge hatten (z. B. die große Asienkrise 1997 oder Argentinien Anfang des 21. Jh.). Die Finanzinvestoren wie etwa die großen amerikanischen Rentenfonds schicken Milliarden an „vagabundierendem“ Kapital auf die Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten: Der weltweite Umsatz börsengehandelter „Derivate“ (schriftlich fixierte Rechte auf den Erwerb oder Verkauf von Aktien, Devisen oder anderen Vermögenswerten zu einem vereinbarten Preis und Termin) stieg von

1990 bis 2002 von ca. 100.000 auf ca. 600.000 Mrd. \$ pro Tag. Viele Beobachter sprechen von einer „Entkopplung“ der Finanzmärkte von der Realwirtschaft.

Entwicklung einheitlicher ökonomischer und kultureller Standards und ungleiche Teilnahme daran

Die Preise der weltweit gehandelten Produkte nähern sich an, auch wenn die Produktionsbedingungen vor Ort (Arbeitszeiten, Techniken, Löhne) höchst verschieden sind. Kommunikationstechnologien wie das Internet verbreiten sich weltweit. Microsoft liefert dafür die Standardprogramme. Die weltweite Kommunikation läuft hauptsächlich in der Weltsprache Englisch ab. Das Design der Produkte, die wir im Alltagsleben benutzen, hat eine globale Warenästhetik erzeugt, die technischen Standards sind nach ISO normiert. Die globalen Essgewohnheiten von McDonalds setzen sich weltweit durch. Quizshows wie „Wer wird Millionär?“ oder Starshows wie „Deutschland sucht den Superstar“ gibt es in vielen Ländern. In den Ländern des Südens hört man westliche Popmusik. Wenige Medienmogule bestimmen weitgehend die Auswahl der Nachrichten.

Aber nicht jeder partizipiert an den weltweit gesetzten Standards: Nicht jeder kann die Markenprodukte kaufen. In Afrika gibt es nur wenig Telefonanschlüsse und noch weniger Internetanschlüsse. Und die Standards werden nicht in Bolivien oder Burkina Faso gesetzt, sondern in den reichen Ländern.

Zunahme der sozialen Ungleichheit im Welt- und im nationalen Maßstab

Generell bewirkt Globalisierung zwar Wachstum von Produktion und Handel, gleichzeitig aber auch eine deutliche Zunahme sozialer Ungleichheiten. Verdienten 1960 die reichsten 20 % der Welt ca. 30 Mal so viel wie die ärmsten 20 %, ist diese Relation 2000 auf das 80fache angewachsen. Im Jahr 2000 gab es 514 Dollar-Milliardäre, die meisten aus den Industrieländern. Das Vermögen der 200 reichsten Personen nahm von 1994 bis 1998 von 440 Milliarden Dollar auf über eine Trillion Dollar zu. Jeder zweite Mensch dagegen lebt von weniger als 2 US-\$ am Tag. Ökonomen verweisen darauf, dass die Zahl der Armen aber allmählich abnehme und dass dies besonders in Regionen der Fall sei, die in den globalen Weltmarkt integriert sind. Einkommen und Vermögen sind auch innerhalb der einzelnen Länder sehr ungleich verteilt. Dies

gilt auch für die Industrieländer. In der Bundesrepublik wurde dies zuletzt durch den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung deutlich. Während in Deutschland 1 Mio. Kinder in Sozialhilfehaushalten aufwachsen, stieg 2003 die Zahl der Millionäre auf 755.000. Alle Prognosen gehen von einer weiteren signifikanten Öffnung der Scheren aus. Armut und soziale Ungleichheit haben negative Folgen für Bildungsstand, Gesundheit und Selbstwertgefühl vieler Betroffener.

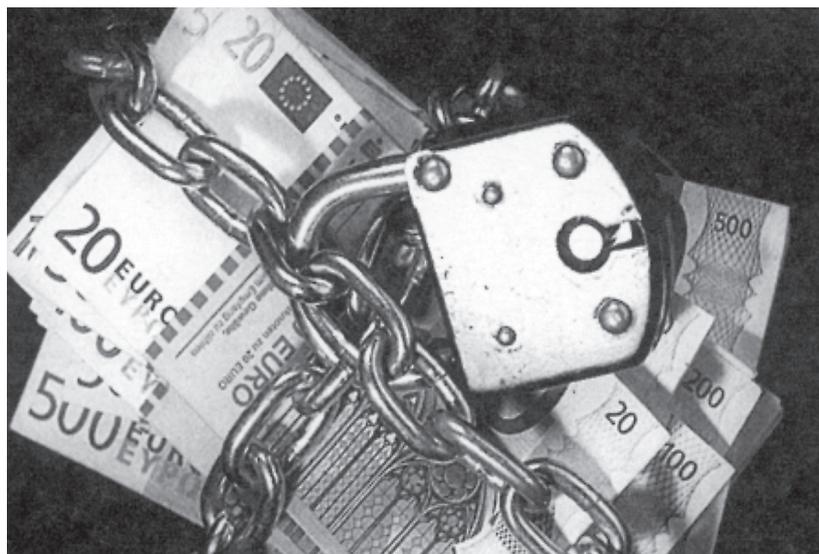
Informalisierung der Arbeitswelt und Abbau sozialer Sicherungssysteme

Offenbar führen Produktivitätssteigerungen und Rationalisierungen zum Verlust bestehender Arbeitsplätze. Weltweit zählt die ILO 700 Millionen Menschen ohne angemessene Arbeit. Tendenz: steigend. Manche sprechen von einer 20:80-Gesellschaft: 80 % der Bevölkerung würden für die Erwirtschaftung des Wohlstandes nicht mehr gebraucht. Viele Menschen arbeiten als kleine Selbständige – als Straßenhändler oder als „Ich-AG“ – oder im informellen Sektor. In Lateinamerika sind im Durchschnitt 60 % der Erwerbspersonen, in Afrika südlich der Sahara 90 %, in den Industrieländern bis zu 30 % informell beschäftigt, d. h. ohne dauerhafte Arbeitsverträge, ohne gewerkschaftlichen Schutz und ausreichende Sozialversicherung tätig.

Die Leistungen der Sozialsysteme werden überall abgebaut, im Namen der Standortsicherung werden Kranke, Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Behinderte, kinderreiche Familien usw. schlechter gestellt. Gerade als arbeitsfähig Eingestufte sehen sich zunehmenden Zumutbarkeitsbestimmungen und Repressionen gegenüber. Der Staat verfolgt in den Industrieländern das vorrangige Ziel, durch „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ Erwerbsfähige in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und die Betroffenen bei Nichtgelingen selbst verantwortlich zu machen. Gleichzeitig wird der „repressive Staat“ als Pendant zum „aktivierenden Staat“ ausgebaut, was man nicht nur an der Zwangsarbeit für Langzeitarbeitslose, sondern z. B. auch an der zunehmenden Überwachung der Bevölkerung durch „große Lauschangriffe“ (1995: 4.674, 2003: 24.441 Angriffe) festmachen kann.

Politische Blockbildung

Die ökonomische Blockbildung findet sich in der Struktur politischer Institutionen wieder. Die mächtigsten Staaten treffen sich in der G7. Die Industrieländer bestimmen maßgeblich die Politik des IWF oder der WTO mit ihren Abkommen wie GATS oder



TRIPS. Im militärischen Bereich hat die von den USA dominierte NATO den größten Einfluss. Die EU versucht z. Zt. verstärkt, durch eine Militarisierung der Außenpolitik ihr Gewicht zu vergrößern. Von diesen Machtverdichtungen geht offenbar eine erhebliche Sogwirkung aus: Viele Länder wie die EU- und NATO-Beitrittsstaaten verfolgen das erklärte Ziel, in die mächtigen ökonomischen wie politischen Blöcke integriert zu werden.

Privatisierung und Deregulierung als politisches Projekt

Viele staatlich oder öffentlich wahrgenommenen Aufgaben gerade aus dem Bereich der Dienstleistungen werden (teilweise) an Unternehmen übertragen. Im Weltmaßstab verläuft die Privatisierung in drei Phasen: In der ersten Phase werden verstaatlichte Produktionsbetriebe, Banken und Versicherungen privatisiert, in der zweiten Phase die Versorgungseinrichtungen wie Post, Telekommunikation, Eisenbahn, Wasser- und Energieversorgung. In dieser Phase befinden sich die meisten europäischen Staaten (wie auch die BRD) gerade. In der dritten Phase sind Einrichtungen des Bildungs- und Gesundheitssystems betroffen. Hierbei spielt die EU eine wichtige Rolle. Aber auch die einzelnen Regierungen ergreifen Maßnahmen wie z. B. in Deutschland die Einführung von Studiengebühren oder die Neuberechnung der Krankenhausleistungen durch sog. Fallkostenpauschalen. Mit den Privatisierungen gehen i. d. R. deregulierte Arbeitsmärkte und die Ausdifferenzierung der Dienstleistungsmärkte in verschiedene Sektoren höchst unterschiedlicher Qualität einher. Begründet wird die Privatisierungspolitik mit größerer Effizi-

enz und geringerer Bürokratie der Privatwirtschaft. Die bisherigen Ergebnisse sind diesbezüglich aber desillusionierend. In Deutschland haben sich viele Gemeinden z. B. durch Leasingprojekte dauerhaft hoch verschuldet.

Neue Kriege weltweit

Immer mehr Kriege finden nicht zwischen Staaten statt, sondern werden von privaten Akteuren, „Warlords“, geführt. Es haben sich Kriegsökonomien herausgebildet, die für die Bevölkerung oft die einzige Möglichkeit darstellen, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Der Mechanismus der neuen Kriege: Rohstoffe werden in die reichen Länder exportiert, diese finanzieren die Waffen, mit denen der Krieg um die Rohstoffe ausgetragen wird. Auf diese Weise sind solche Kriegsökonomien im Gegensatz zu anderen Regionen in den globalisierten Weltmarkt integriert.

Aus wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen führen besonders die hochverschuldeten USA Kriege gegen „Schurkenstaaten“. Im Schatten der absoluten militärischen Überlegenheit der USA werden solche Interessen aber auch von europäischen Staaten verfolgt, etwa in Jugoslawien oder Afghanistan oder demnächst am Hindukusch. Die neue NATO-Strategie, aber auch die EU-Verfassung oder die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der BRD lassen erwarten, dass die Interessendurchsetzung der reichen Staaten auch mit militärischen Mitteln an Bedeutung gewinnen wird. Die Grundlagen des Völkerrechts und die Autorität der UN werden dabei immer weniger beachtet. „Heiße“ Kriege der reichen Staaten untereinander gibt es derzeit nicht, dafür ist u. a. die Dominanz der USA zu stark, vielmehr finden im Moment im Rahmen der wirtschaftlichen Konkurrenz „kalte Kriege“ statt. Bei der Eroberung neuer Märkte und dem Ausstechen der Konkurrenz sind aber in Zukunft Verteilungskämpfe um die Ressourcen Wasser und Öl durchaus denkbar.

Soziale Perspektivlosigkeit und kulturelle Demütigungen schaffen offenbar einen Nährboden für Organisation und Akzeptanz terroristischer Anschläge. Von Intellektuellen aus dem Süden geführten Netzwerken gelingt es, Globalisierungsverlierer z. B. als Selbstmordattentäter zu rekrutieren und ihre Operationen aus Gewinnen aus der Integration in die Weltwirtschaft zu finanzieren.

Gesamteinschätzung

Die Globalisierung ist offensichtlich ein Prozess gleichzeitig stattfindender Vereinheitlichung und

Blockbildung auf der einen und Fragmentierung und Spaltung auf der anderen Seite. Die Spaltungen verlaufen dabei einmal zwischen Nord und Süd, aber auch quer durch Staaten und Regionen. Diese Prozesse setzen sich offenbar beschleunigt fort und bergen ein hohes Gewaltpotenzial.

2. 2. Die Dynamik der Globalisierungsprozesse

Erleben wir mit der Globalisierung ein neues Zeitalter? Oder haben die Recht, die darauf verweisen, dass die Weltwirtschaft nach Ende des Ersten Weltkriegs stärker vernetzt war und wir schon damals „globalisiert“ waren? Und wie lässt sich die Gesellschaft, in der wir leben, angemessen beschreiben? Als „funktionell ausdifferenzierte Gesellschaft sich selbst erschaffender Systeme“ (Luhmann)? Als „reflexiv gewordene Moderne“ (Beck)?

Hier wird die These vertreten, dass wir eine neue Phase des historisch gewachsenen Kapitalismus erleben. Das Leben der Menschen hat sich im Vergleich zum 19. Jahrhundert oder zu den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts deutlich verändert. Die Grundstrukturen des Kapitalismus sind aber immer noch dieselben. Wir erleben also neue Entwicklungen in alten Zusammenhängen. Im Folgenden werden die Grundstrukturen des Kapitalismus kurz dargestellt, bevor sich das Augenmerk auf die aktuelle Phase des kapitalistischen Weltsystems richtet.

2. 2.1. Kennzeichen einer kapitalistischen Gesellschaft

Der Kapitalismus, der sich ab dem 14./15. Jahrhundert in Europa allmählich herausbildet, treibt die Entwicklung der Produktivkräfte und der ganzen Gesellschaft in einem enormen Tempo voran. „Alles Ständische verdampft“, konstatierte Marx. Durch die Trennung der Bauern und Kleinhandwerker von ihren Produktionsmitteln konnte die menschliche Arbeitskraft zu einer Ware werden, die sich verkaufen muss. Mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts löste sich die „Ökonomie des ganzen Hauses“ auf.

Kapitalistische Produktion allgemein ist Produktion von Waren. Einzelne Produzenten produzieren für einen anonymen Markt. Produktion, Verteilung und Konsum fallen auseinander. Die Produktion für den Markt dient dem Tausch. Die (heute weit fortgeschrittene) Zusammenarbeit bei der Erzeugung der Güter stellt sich erst über den Austauschprozess her. Die geleistete Zusammenarbeit erscheint als Ansammlung von Waren. Damit werden gesellschaftliche Verhältnisse aber zu sachlichen und geraten leicht aus dem Blick. Die Vermehrung von

Geld als universeller und nicht begrenzter Ware wird zum Hauptzweck der Produktion. Es wird zum Ausgangs- und Endpunkt eines Kreislaufes, der nicht mehr „verkaufen, um zu kaufen“ bezweckt, sondern „kaufen, um zu verkaufen“. Das Kapital (Geld, das eingesetzt wird, um mehr Geld zu werden) kennt nur seine maximale Verwertung als einzigen Zweck. „Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten“ (Marx). Die Konkurrenz treibt die Verwertung des Kapitals an. Diesem Imperativ der Verwertung kann sich kein Unternehmer entziehen. Woher kommt aber der Profit, der „Mehrwert“, den die Unternehmer erzielen können? Die menschliche Arbeitskraft und nur sie, so schon der Ökonom Ricardo, besitzt den eigentümlichen Charakter, mehr Wert zu schaffen als ihr selbst als Ware eignet. Beispielsweise arbeitet ein Beschäftigter acht Stunden, produziert den Gegenwert seines Lohns aber in vier Stunden. Über den Mehrwert kann der Unternehmer verfügen. Die sog. „Proftrate“ definiert sich als Mehrwertmasse durch die Kosten für Maschinen, Rohstoffe usw. (konstantes Kapital) und Löhne und Gehälter (variables Kapital). Da die Mehrzahl der Menschen nur ihre Arbeitskraft besitzt, sind diese gezwungen, als abhängig Beschäftigte unter Bedingungen zu arbeiten, die sie nicht geschaffen haben. Um in der Konkurrenz zu bestehen, müssen die Waren so billig wie möglich verkauft werden. Deshalb ging die historische Tendenz von absoluter Mehrwertproduktion (Verlängerung des Arbeitstages oder Intensivierung der Arbeit) zu relativer (Senkung der Kosten für Arbeitskräfte durch Verbesserung der Produktivität). Damit verändert sich aber die „organische Zusammensetzung“ des Kapitals: Der konstante Kapitalteil nimmt im Verhältnis zum variablen zu. Einfach ausgedrückt: Menschen werden durch Maschinen ersetzt. Da aber nur die Arbeitskraft Wert schafft, entsteht hier das Problem einer tendenziell fallenden Proftrate. Damit ist das ganze System krisenanfällig. Das heißt nicht, dass der Kapitalismus kurz vor dem Zusammenbruch steht, aber dass er der historischen Entwicklung angemessene Lösungswege finden muss. Darauf wird im folgenden Unterkapitel näher eingegangen.

2. 2. 2. Globalisierung als historische Phase des Kapitalismus

Die oben beschriebenen Prozesse der Blockbildung und Spaltung richten sich nach der Verwertungslogik des Kapitals. Die Staaten, Regionen und Arbeitskräfte sind unterschiedlich attraktiv für die Verwertung durch die Konzerne. Daraus ergeben sich ganz unterschiedliche Lebensperspektiven

für die Menschen. Durch die Blockbildung werden innerhalb des Wirtschaftsraums Hindernisse für den Kapitalfluss beseitigt und die Blöcke als ganze konkurrenzfähiger gegenüber den anderen Blöcken gemacht. Wer dem Weltmarkt mit seinem Verwertungsimperativ nicht viel zu bieten hat, fällt entsprechend heraus. Die Expansion des Kapitals hat mit der Globalisierung neue Dynamik gewonnen: Die letzten Winkel der Erde werden geographisch der Kapitalverwertung erschlossen (horizontale Expansion) und alle Lebensbereiche, aus denen Mehrwert gezogen werden kann, werden der Verwertungslogik zugeführt. Hierzu zählt bspw. die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge (vertikale Expansion). Es entsteht in der Welt durch die sich fortsetzenden Prozesse der Blockbildung und Spaltung aufgrund unterschiedlicher Verwertungsfähigkeiten eine Nord/Süd-Ost-Spaltung einerseits und eine Spaltung innerhalb der einzelnen Gesellschaften andererseits.

Dabei setzen die Bilder der reichen, genussvoll konsumorientierten Gesellschaften des Nordens auch Standards für die Menschen im Süden. Attraktiv erscheint die ganze Lebensweise, was deutlich macht, dass Kapitalismus nicht nur wirtschaftliche Aktivitäten meint, sondern das ganze Leben der Menschen, ihre Gewohnheiten, ihre kulturellen Traditionen und ihre Wertesysteme bestimmt.

Folgende Strategien zur Bekämpfung des tendenziellen Falls der Proftrate und zur Sicherung der Kapitalakkumulation lassen sich heute feststellen:

■ Festzustellen ist ein neuer Schub an Technisierung durch Digitalisierung oder die Beschaffung billigerer Rohstoffe aus dem Süden sowie die Veränderung von Produktionsmethoden durch „Just-in-time-Produktion“, Leasing usw. Diese Tendenzen kann man als Strategien der Akkumulation durch die Erhöhung des relativen Mehrwerts bezeichnen.

■ Wir können heute einen starken Druck auf die Löhne feststellen, erleben aber auch Maßnahmen der Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitskraft. Durch den flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte z. B. durch Zeitarbeitsfirmen kann die Arbeitsintensität gesteigert werden. In diesen Zusammenhang gehört auch die Aufspaltung der Beschäftigten in Kern- und Randbelegschaften. Die Verschlechterung der sozialen Absicherung der Arbeitslosen verstärkt ebenfalls den Druck auf die noch Arbeitenden. Tatsächlich kommt jetzt sogar der Vorschlag nach Arbeitszeitverlängerung wieder

auf den Tisch. Alle diese Maßnahmen kann man als Strategien der Akkumulation durch die Erhöhung des absoluten Mehrwerts bezeichnen.

■ Überwunden geglaubte Phänomene spielen wieder eine große Rolle. Dazu gehören: das Führen „heißer“ Kriege, Landvertreibungen und Menschenhandel. Diese, aber auch die Privatisierungen öffentlicher Güter und privaten Aneignungen genetischer Ressourcen oder von Patenten sowie das Kreditsystem und die zunehmende Verschuldung zählt der Amerikaner David Harvey zu den Strategien der „Akkumulation durch Enteignung“.

■ Die explosionsartig angestiegene Bedeutung der Finanzmärkte ist wohl der deutlichste Ausdruck des besonderen Charakters der derzeitigen Phase des Kapitalismus. Die Krisentheorie des Franzosen Quesnais illustriert den Zusammenhang zwischen der Rolle der Finanzmärkte und der kapitalistischen Verwertung: In früheren Entwicklungsphasen des Kapitalismus habe nachlassendes Wachstum zu sinkenden Profiten geführt. Heute könnten die Oligopole - so Quesnais- auch bei stockender Nachfrage durch Rationalisierung, Outsourcing, Lohnsenkung usw. die Gewinne steigern. Die daraus folgende Umverteilung des Masseneinkommens führe zu gesellschaftlichem Übersparen, d.h. es gebe mehr Mittel, die nicht in der produktiven Akkumulation, sondern auf den Finanzmärkten Verwertung suchen. Langsames Wachstum und schnelle Entwicklung der Finanzmärkte sind so bei Quesnais zwei Seiten einer Medaille und bilden ein neues Muster kapitalistischer Entwicklung, bei der die globalen Finanzmarktakteure die entscheidende Rolle spielen. Die Globalisierung zeichnet sich also durch Strategien der Akkumulation durch hohe Rendite auf den Finanzmärkten aus.

2. 2. 3. Die Rolle der Nationalstaaten

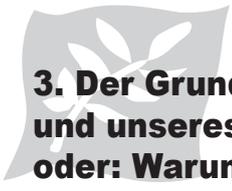
Oft liest und hört man, dass der Handlungsspielraum der Nationalstaaten enger geworden sei. Zweifellos ist das Machtpotenzial von Konzernen und Finanzinvestoren gegenüber nationalstaatlicher Politik beträchtlich angewachsen. Dies ist aber auch Ausfluss der Politik der Nationalstaaten selbst: Sie sind es, die Unternehmenssteuern gesenkt und leere Kassen produziert haben. Die Nationalstaaten haben die Kapitalverkehrskontrollen weitgehend abgeschafft und die Ausweitung der Finanzmärkte ermöglicht. Sie bieten Unternehmen die Leistungen ihrer öffentlichen Daseinsvorsorge an und setzen im Rahmen internationaler Institutionen wie der

WTO eine Politik der Kommodifizierung aller Lebensbereiche durch. Sie betreiben ökonomische Blockbildung, die Militarisierung der Außenpolitik und oftmals einen radikalen Sozialabbau. Politik und Ökonomie verbinden sich zu einer gleichgerichteten Kraft. Der „nationale Wettbewerbsstaat“ entspricht offenbar den Bedürfnissen des Kapitals im Zeitalter der Globalisierung. Es zeigt sich, dass die Staaten keine neutralen Instanzen sind, die etwa durch den Gewinn parlamentarischer Mehrheiten von den abhängig Beschäftigten als politisches Instrument für eigene Interessen benutzt werden könnten, sondern dass ihre Funktion in der Reproduktion des Kapitalismus insgesamt im Unterschied zu den partikularen Interessen einzelner Unternehmen besteht: Der Staat muss die Verwertungsbedingungen des Kapitals immer wieder herstellen (durch Schaffung von Rechtsstaatlichkeit, Infrastruktur usw.) und dabei die Arbeitskraft erhalten (z. B. durch Bildungs- und Sozialpolitik), ohne die gesellschaftlichen Machtverhältnisse anzutasten. Mit diesem Verständnis wird deutlich, dass z. B. Kriegsführung und Sozialabbau zusammengehören.

Der Bush-Berater Thomas Barnett hat von den „nichtintegrierten Lücken in der Welt“ gesprochen: Das sind die Regionen, in denen sich Warlords Kämpfe um die strategischen Ressourcen liefern, wo Armut und Krankheit, Repression und chronische Gewaltverhältnisse herrschen. Dort wächst, so Barnett, die neue Generation der Terroristen heran. Diese nichtintegrierten Lücken wollen die USA bekämpfen und zerstören, sie alle sind potenzielle künftige Einsatzorte für präventive Kriege der USA. Die reichen Gesellschaften drängen diejenigen, die für die Akkumulation nicht taugen, die Nichtintegrierbaren, mit Hilfe der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik der Agenda 2010 an den sozialen Rand. Hier besteht der innere Zusammenhang zwischen Militarisierung der reichen Staaten und dem von ihnen betriebenen Sozialabbau.

Bei aller Komplexität der Prozesse lässt sich sagen: Die Globalisierung ist ein politisches Projekt zur Steigerung der Kapitalverwertung in einer bestimmten Situation mit bestimmten Mitteln. Sie führt zu enormem Wachstum der Produktivität, da der gesellschaftlich erzeugte Reichtum privat angeeignet wird, aber auch zu enormen sozialen Verwerfungen mit einem hohen Gewaltpotenzial. Dabei sind nicht erst neue und „heiße“ Kriege von Gewalt geprägt, vielmehr ist kapitalistische Globalisierung selbst ein Gewaltverhältnis, insofern sie

Menschen den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Nahrung usw. verwehrt, sie kulturell demütigt und den meisten Menschen die Möglichkeit raubt, sich entsprechend ihrer jeweiligen Fähigkeiten zu entwickeln und zu entfalten.



3. Der Grund unserer Hoffnung und unseres Widerstands, oder: Warum geht uns an, was uns angeht?

Die 8. Vollversammlung des ÖRK hat 1998 in Harare/Simbabwe zu einen *processus confessio-**nis* gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Naturzerstörung im Kontext der Globalisierung aufgerufen. Sie stellt ihn in den Zusammenhang der „Ökumenischen Dekade zur Überwindung der Gewalt“ und der Fortführung des „Konziliaren Prozesses gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Was das Bekenntnis der Christen herausfordert, ist die Tatsache, dass der kapitalistischen Globalisierung immer mehr Menschen durch Ausgrenzung und barbarische Formen der Gewalt zum Opfer fallen. Dabei sind Tendenzen zu Sakralisierung und Totalisierung des globalisierten Kapitalismus zu beobachten. Dabei droht der Mensch zum „homo oeconomicus“, zum für die Vermehrung des Kapitals verwertbareren Menschen zu werden.

3. 1. Wenn der Mensch zum „homo oeconomicus“ wird ...

Der Kapitalismus zielt auf die unendliche Vermehrung des Kapitals. Geld, das als Kapital eingesetzt wird, um mehr Geld zu werden, ist Ausgangspunkt und Zielpunkt – Alpha und Omega – einer rastlosen und unendlichen Bewegung. In diesem Zusammenhang wird Globalisierung zu einem Prozess, der durch Deregulierung soziale und politische Grenzen der Akkumulation des Kapitals überwindet und durch Privatisierung immer neue Felder für die Verwertung des Kapitals erschließt. Immer mehr menschliche Lebensbereiche werden ökonomisiert. Selbst da, wo es z.B. in der Pflege um die unmittelbarsten Bedürfnisse nach Nähe und Kommunikation geht, haben sich die Menschen den Imperativen einer Ökonomisierung zu unterwerfen, die auch den Menschen zur Ware macht und immer

totaler in den Dienst der Vermehrung des Kapitals stellt.

Dabei werden Menschen, die, weil sie arbeitslos sind und/oder über nur geringe Kaufkraft verfügen, ausgegrenzt. Sie sind für die Verwertung des Kapitals überflüssig. Sie werden als belastende Kostenfaktoren oder gar als Sicherheitsrisiken, vor denen die Gesellschaft geschützt werden soll, gesehen. In einer durchkapitalisierten Gesellschaft haben Menschen nur dann einen Platz, wenn sie ökonomisch verwertbar sind, d.h., sich an der Produktion und am Tausch von Waren und Dienstleistungen beteiligen können. „Das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“, hatte die bayrisch-sächsische Zukunftskommission bereits Ende der 90er Jahre formuliert. Als Mensch der Zukunft gilt der „homo oeconomicus“, der sein Humankapital optimal vermarktet und seine eigenverantwortlich Zukunft so plant, dass er der Gesellschaft nicht zur Last fällt.

Der „homo oeconomicus“ ist der „flexible“ Mensch. Er kann „flexibel“ auf die schnell wechselnden Bedürfnisse und Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren und sich den Notwendigkeiten der Verwertung seines Humankapitals optimal anpassen. Er steht rund um die Uhr, werktags wie sonntags, zu jeder Zeit und an jedem Ort zur Verfügung und kennt keine starren Zeiten und Räume, die der Verwertung seines Humankapitals im Wege ständen. Der flexible Mensch ist der reibungslos funktionierende Mensch.

Die Verantwortung des „homo oeconomicus“ ist auf „Eigenverantwortung“ reduziert. Als individualisierte Verantwortung kennt sie nichts anderes als marktkonforme Strategien der Selbstbehauptung. Sie entlarvt sich als kollektive Verantwortungslosigkeit, die eine Verantwortung der einen für die anderen, gar der Starken für die Schwachen nicht kennt. Verantwortung als Antwort auf den Schrei der Opfer bleibt ihr fremd. Im Gegenteil, je mehr es dem flexiblen Menschen gelingt, das Leid anderer und auch sein eigenes Leiden zu übersehen, desto reibungsloser kann er funktionieren, je apathischer, desto erfolgreicher.

Die irrationale Tendenz des Kapitalismus, den Globus der Verwertung des Kapitals unterzuordnen, macht auch vor dem Menschen nicht halt. Sie stellt einen Angriff auf den Menschen als Subjekt dar, das fähig ist, fremdes und eigenes Leid wahrzunehmen und in solidarischer Verantwortung und Freiheit zu handeln. Damit attackiert der Kapitalismus, die „Ressource“, die einen Ausweg aus den sich

Das Thema Geld macht so manchem Esoteriker Schwierigkeiten, obwohl das eigene Bankkonto die Projektionsfläche des eigenen Schicksals widerspiegelt! Schon Tschuang Lao Yang sagte: »Nimm, und es wird dir gegeben!« Wir lernen also in diesem Seminar ein spirituelles Geldbewußtsein zu entwickeln.



verschärfenden Krisen und den damit verbundenen Katastrophen schaffen könnte.

Theologisch gesprochen repräsentiert der Kapitalismus die religiöse Erfahrung einer „alles bestimmenden Wirklichkeit“. Nicht Gott wirkt und schafft Wirklichkeit, sondern das Kapital. Seine Bewegung der Selbstverwertung und Vermehrung kennt keine Grenze und kein Maß. Je totaler diese Bewegung die Gesellschaft und den Menschen erfasst, desto mehr wird das Kapital zum Götzen. Ihm müssen immer wieder neue Opfer in Form von Deregulierung und Privatisierung dargebracht werden und auf seinen Altären menschliche Bedürfnisse und Lebensinteressen ebenso wie die Schöpfung als Lebensraum geopfert werden.

Das Opfer ist mit Verheißungen verbunden. Wird das Kapital durch Opfer „gnädig“ gestimmt, kann es „Heil“ schaffen: Arbeitsplätze und Wohlstand, Fortschritt und Konkurrenzfähigkeit. Ideologisch richten sie als Hoffnungen auf den Markt. Je mehr er von regulierenden Hemmnissen befreit zum „freien“ Markt wird, kann er seine segensreichen Kräfte entfalten. Sein Erfolg gründet in einer „unsichtbaren Hand“, die hinter dem Rücken derer, die marktgerecht ihre gegensätzlichen wirtschaftlichen Einzelinteressen verfolgen, alles so lenkt, dass es dem Wohl aller dient. Ihr werden mythisch-metaphysische Kräfte zugesprochen, die sie als „göttliches“ Mysterium erscheinen lassen. Ihm gegenüber ist eine „religiöse“ Haltung demütiger Ehrfurcht verlangt, die das Wunder der Wirksamkeit der Marktkräfte anerkennt.

Individuell als Ich-AG oder politisch als Deutschland-AG kann nur erfolgreich sein, wer sein Handeln darauf ausrichtet, dass die von der „unsichtbaren Hand“ geleiteten Marktkräfte alles zum Guten lenken. Außerhalb des Marktes gibt es kein Heil. Segen und Fluch, Lohn und Strafe schweben als Verheißung und Gericht über den Marktprozessen. Wer die Gesetze des Marktes beachtet, wer sich demütig der aller menschlichen Planung überlegen „unsichtbaren Hand“ des Marktes anvertraut, wird mit Glück und Wohlstand belohnt. Wer hingegen so überheblich ist, zu meinen, er könne Marktprozesse gestalten und regulieren, wird mit Elend und Chaos bestraft.

In seinen Inszenierungen greift der Kapitalismus auf symbolisch-„sakramentale“ Ausdrucksformen zurück. Bei der Einführung des Euro wurde die „vermögende“ Kraft des Geldes in Szene gesetzt. Wer über Kaufkraft verfügt, hat Zugang zu den Möglichkeiten, die das Leben bietet. Wer über Geldvermögen verfügt, vermag über Lebensmöglichkeiten zu verfügen. Geld ist unendlich vermehrbar. Daher ist auch seine „vermögende“ Macht unendlich vermehrbar. Tendenziell ist es „allmächtig“.

Die Verkaufsstrategien des Kult-Marketing knüpfen an Bedürfnisse nach Sinnstiftung an. Waren befriedigen nicht einfach einen funktionalen Bedarf. Sie versprechen Sinn und ködern ein endloses Begehren. Sie stehen im Dienst einer ästhetischen Verzauberung. Aber nicht nur die Ware, sondern auch der Kaufakt selbst soll zu einem spirituellen Erlebnis werden. Als Konsumtempel stilisiert werden Geschäfte zu Orten „moderner Religiosität“, in denen der Kunde im Akt des Kaufens eine „religiöse“ Handlung vollzieht.

Je offensichtlicher es wird, dass der Kapitalismus seine Verheißungen nicht erfüllen kann, desto leerer bleiben sie. Diese Leerstellen werden aber zunehmend gefüllt mit Formeln wie „Es gibt keine Alternative“. Diese Formel wird nicht nur als Generallegitimation der kapitalistischen Globalisierung verwandt, sondern auch als Rechtfertigung politischer Einzelentscheidungen, mit denen die Gesellschaft zur nationalen Wettbewerbsgesellschaft umgestaltet wird. Der Satz „Es gibt keine Alternative“ stellt eine Art Grunddogma kapitalistischer Globalisierung dar. In ihm spiegeln sich ihre Tendenzen zu Verabsolutierung und Totalisierung. Sie verlangt bedingungslose Unterwerfung. Jenseits der Gesetze der maß- und grenzenlosen Akkumulation des Kapitals gibt es nichts zu denken, zu hoffen und zu tun.

3. 2. Eine biblisch-theologische Erinnerung

3. 2. 1. Wurzel und Horizont unseres Einsatzes für Gerechtigkeit und Frieden ist vor allem die jüdisch-christliche Tradition. Sie macht uns sensibel für das, was Menschen weltweit angetan wird.

In jüdisch-christlicher Tradition ist die Rede von Gott untrennbar mit den Geschichten menschlichen Leidens verbunden. In der Erzählung von der Befreiung aus Ägypten gibt Gott sich dem Mose als einer zu erkennen, der das Elend der in Ägypten unterdrückten Sklaven gesehen und ihre Schreie gehört hat. Der Messias Jesus ist in dieser Gottes-tradition verwurzelt. Sein Handeln steht für das Erbarmen Gottes, sein offenes Herz für die Armen und Unterdrückten. So gerät er in Konflikt mit Reichtum und Macht und wird zu einem Opfer der Gewaltherrschaft des römischen Imperiums. Sein Leben und Sterben ist verbunden mit der Leidensgeschichte der Menschen und ihren verzweifelten Schreien nach Rettung.

Jüdisch-christliche Rede von Gott lenkt den Blick auf die Leiden der Opfer. An den Leiden der Opfer vorbei, jenseits ihrer Schreie und Klagen kann es keine Hoffnung auf Rettung geben. Ein Glück, das nur den erfolgreichen Gewinnern vorbehalten bliebe, würde nur noch einmal die Trennung in Sieger und Besiegte, Gewinner und Verlierer wiederholen und wäre nichts anderes als eine Verlängerung der herrschenden Spaltungs- und Gewaltverhältnisse. Die Schreie der Opfer kapitalistischer Globalisierung rufen nach einer Antwort, nach Ver-Antwortung. Sie drängen uns zur Parteinahme, lassen uns nach den Ursachen des Leidens fragen und führen unser Handeln mitten in die Konflikte um Unrecht und Gewalt.

3. 2. 2. Jüdisch-christliche Tradition lehrt uns, zwischen Gott und Götzen zu unterscheiden und eröffnet uns darin den Horizont der Verheißung des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit.

Die biblischen Traditionen erzählen, wie sich prophetisch inspirierte Gruppen der Vergötzung von Reichtum und Macht widersetzen. Sie tun dies in Treue zu dem Gott, der Israel aus Ägypten befreit und damit einen verheißungsvollen Weg zu einem befreiten Leben eröffnet hat. Neben ihm darf das Volk Gottes „keine anderen Götter haben“ (Ex 20,2, Dtn 5,6).

An diese Tradition knüpft die Jesusbewegung an, wenn sie das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zum Horizont ihrer Praxis und ihrer Hoffnung macht. Hier werden Ressourcen des Widerstands gegen die Unterwerfung unter Reichtum und Macht sichtbar:

■ Gegen die Unterwerfung unter den Mammon und der damit verbundenen Spaltung in Arme und Reiche wird das Lebensrecht aller geachtet. Es muss da verwirklicht werden, wo Menschen arm gemacht und ausgegrenzt werden. Das Reich Gottes soll mit seiner befreienden und verändernden Kraft bei den Menschen beginnen, die es am nötigsten haben, weil sie hungern und ihres Lebens nicht froh werden können. Als Antwort auf den Schrei der Armen enthält das Reich Gottes die Verheißung vom Ende materieller Not und der Möglichkeit eines Lebens in Würde. Jeder und jede hat das Recht auf Leben. Daher muss der Zugang zu den Gütern, die zum Leben nötig sind, gesichert sein. Das Recht auf Leben müssen sich Menschen nicht erst durch Ausweis ihrer Nützlichkeit und Verwertbarkeit verdienen.

■ Gegen die Unterwerfung unter die politische Herrschaft des römischen Imperiums soll es bei den Christinnen und Christen anders sein als bei denen, die als Herrscher „ihre Völker unterdrücken“ (Mk 10,42). An die Stelle von Herrschaft als Über- und Unterordnung soll gegenseitiges Dienen treten. Gegenseitiger Dienst beinhaltet gegenseitige Anerkennung. Dabei wird das bürgerliche Gesellungsprinzip des „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ durchbrochen. Anerkennung gilt denen zuerst, die aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben ausgegrenzt sind. In der Kritik steht die Herrschaft von Menschen über Menschen, stehen Verhältnisse, in denen Menschen von der Teilhabe an gesellschaftlicher Macht ausgeschlossen, unmündig gemacht und erniedrigt werden. Das Reich Gottes verbindet sich mit einer Vorstellung von Leben, in dem es um die reale Gleichheit aller Menschen in ihrem Recht auf Anerkennung und Achtung und damit auf Partizipation an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens geht.

■ Das Recht auf Leben und Anerkennung wurzelt in der jüdisch-christlichen Gottestradi-tion. Der Gott Israels wird sichtbar als Vater und Mutter aller Menschen, vor allem der Armen und Ausgegrenzten, der Unterdrückten und Gede-mütigten. Er lässt sich weder als Privatgott einer Ich-AG noch als Gott einer Nation vereinnahmen. Immer ist er auch der Gott der anderen – bis hin zu den Feinden. So verbindet der jüdisch-christliche Gottesgedanke alle Menschen zu der einen Menschheitsfamilie, in der das Recht auf Leben und Anerkennung als Befreiung aus Armut und Unterdrückung gilt. Ohne den Horizont universaler Solidarität und Gerechtigkeit, ohne Verantwortung der einen für die anderen kann in der jüdisch-christlichen Tradition nicht von Gott gesprochen werden. Ihre Vorstellungen vom

Menschen und vom menschlichen Zusammenleben, von der Verantwortung für die Welt und von der Gestaltung eines befreiten Lebens stehen in Widerspruch zu den „Realitäten“ kapitalistischer Globalisierung, zu der Wirklichkeit, die der Kapitalismus schafft.

3. 2. 3. Die Botschaft von Kreuz und Auferweckung des Messias Jesus eröffnet Räume des Widerstehens und des Lebens.

Mit dem Kreuz als Instrument der Aufstandsbekämpfung reagierte die römische Herrschaft auf den Widerstand der Ohnmächtigen gegen die Gewalt des Imperiums. Wenn Christinnen und Christen die Auferweckung des gekreuzigten Jesus bekennen, drückt sich darin noch einmal ihr Widerspruch zur Macht der Mächtigen und ihrer Gewaltherrschaft aus. Sie nehmen nicht hin, dass Unrecht und Gewalt das letzte Wort haben sollen. Sie hoffen darauf, dass Gott das letzte Wort behält und mit seinem Gericht Gerechtigkeit für Lebende und Tote durchsetzt.

Für die Glaubenden wird die Auferweckung des von der römischen Staatsmacht gekreuzigten Jesus zu einem Zeichen für den Beginn einer neuen Welt. Gott setzt die Mächte des Todes ins Unrecht und den Gekreuzigten und das von ihm verkündete Reich ins Recht. Der Erniedrigte wird erhöht. Was Gott an dem erniedrigten Jesus getan hat, erhoffen die Christengemeinden für alle Erniedrigten. Damit beginnt die neue Welt Wirklichkeit zu werden, die bereits Maria besungen hatte: „Er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen“ (Lk 1,51).

Der Glauben an die Auferweckung des Gekreuzigten stärkt in den Christengemeinden das Nein zu den Mächten des Todes. Der mit ihm verbundene Vorgriff der Hoffnung auf eine neue Welt eröffnet ihnen Lebens- und Widerstandsräume, in denen Solidarität gelebt wird sowie Über- und Unterordnungen - zwischen Juden und Griechen, Sklaven und Freien, Männern und Frauen (Gal 3,28) - durch egalitäre Beziehungen überwunden werden.

Diese Praxis und das mit ihr verbundene Bekenntnis steht in Widerspruch zur Reichsreligion des Imperium Romanum. Christengemeinden entscheiden sich für Christus und gegen den Kaiser. Nicht der Kaiser, sondern der Gekreuzigte wird bei ihnen zum „Herrn und Gott“ (Joh 20,28). An die Stelle der Pax Romana als Herrschafts- und Unterwerfungsordnung tritt die Pax Christi (Lk 2,14), die mit der Pax Romana jedoch keinen Frieden macht (Mt 10,34-39).

Wie die ersten Christinnen und Christen herausgefordert waren, der Reichsreligion des römischen



Imperiums und ihren Götzen zu widerstehen, so stehen wir vor der Herausforderung, der vermeintlich alternativlosen Unterwerfung unter das kapitalistische System der grenzenlosen und unendlichen Vermehrung des Kapitals zu widersprechen. Wir tun dies, weil wir um die immer neuen Opfer wissen, die dieses System fordert und weil wir erkennen, wie dieses System sich zunehmend totalisiert und verabsolutiert. Beides steht im Widerspruch zu unserem Glauben an Gott, der uns sensibel macht für die Schreie der Opfer und von dem wir hoffen, dass er allein sich in der Aufrichtung aller Erniedrigten als „alles bestimmende Wirklichkeit“ erweisen wird. Bis dies Wirklichkeit geworden ist, werden wir uns nicht abfinden mit den Götzen des Todes und ihrer Herrschaft, die sich dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit entgegensetzen.

4. Perspektiven und Akteure von Veränderungen

Reale Möglichkeiten, dem eindimensionalen Weg des Neoliberalismus machtvoll und wirksam entgegenzutreten, scheinen kaum vorhanden zu sein. Spielräume für eine alternative Politik, selbst wenn der Wille dazu partiell vorhanden ist, sind nach herrschender Meinung minimal. Auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene herrscht der Eindruck von Machtlosigkeit und von Zwang, sich den von der neoliberalen Globalisierung gesetzten Bedingungen anzupassen. Auf globaler Ebene scheint bei den Handlungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft keinerlei Wille da zu sein, diese Entwicklung in Frage zu stellen.

Fast überall, wo politische Akteure mit dem Anspruch antreten, eine dem Neoliberalismus entgegenstehende Politik zu betreiben, erlahmt dieser Anspruch, sobald diese an die Schaltstellen der Macht geraten. Das gilt auf regionaler Ebene zum Beispiel für den rot-roten Senat in der Stadt Berlin, der mit seiner radikalen Sparpolitik der neoliberalen Logik noch konsequenter zu folgen scheint als die schwarz geprägten Vorgängersenate. Ähnliches gilt auf nationaler Ebene nicht nur für die rot-grüne Regierung in Deutschland, sondern partiell zum Beispiel auch für die vor zwei Jahren neu gewählte „linke“ Regierung in Brasilien, die ihrem Anspruch auf eine wirtschaftspolitische Wende ebenfalls nicht wirklich gerecht wird.

Dagegen wächst sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und zivilgesellschaftlichen Bewegungen. So nimmt nicht nur die mediale Wahrnehmung von globalisierungskritischen Protesten am Rande von Wirtschaftsgipfeln und Regierungskonferenzen zu, sondern auch die Bereitschaft der Öffentlichkeit, globalisierungskritische Anliegen differenzierter wahrzunehmen. Zwar kann keine Rede davon sein, dass es NGOs auch nur annähernd gelingt, die öffentliche Meinungsbildung entscheidend zu beeinflussen. Aber die Wahrnehmung ihrer Anliegen und die Sensibilität dafür steigen.

Durch aktive Teilnahme an der öffentlichen Meinungsbildung besteht eine Chance, Druck auf die politischen Handlungsträger auszuüben und auch Unternehmen in ihrem Handeln zu beeinflussen. Zwar scheint es momentan unrealistisch zu sein, dass der öffentliche Druck so groß wird, dass dadurch, abgesehen von verbalem Entgegenkommen, wirklich etwas bewegt wird oder gar die herrschenden Verhältnisse in Frage gestellt werden. Vielmehr geht der öffentliche Druck zur Zeit fast überall genau in die entgegengesetzte Richtung. Doch ändert dies nichts daran, dass das Hinarbeiten auf die Bildung einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung gegen den Neoliberalismus die einzige Möglichkeit ist, wirkliche Veränderungen langfristig herbeizuführen.

Ein unverzichtbarer Teil dieser Bewegung sind die Gewerkschaften. Sie sind von allen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen am breitesten in der Bevölkerung verankert. Zwar werden die Gewerkschaften oft zu Recht kritisiert, da sie als zu traditionalistisch wahrgenommen werden und ihr Fokus manchmal zu einseitig auf die kurzfristige Vertretung der Interessen bestimmter Beschäftigungsgruppen ausgerichtet ist. Ihre Funktion ins-

gesamt war bisher immer eher systemstabilisierend. Doch wächst im gewerkschaftlichen Spektrum die Einsicht, dass die langfristige Vertretung der Interessen von Lohnabhängigen die Öffnung gegenüber grundlegender Globalisierungskritik unverzichtbar macht und daher gewerkschaftliche Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen eingegangen werden müssen.

Ein zentraler Bezugspunkt der Kritik am Neoliberalismus ist die globalisierungskritische Bewegung um Attac. Hier wird auf breiter Ebene, und zwar ohne dem Lobbyismus für eine bestimmte Interessensgruppe verpflichtet zu sein, die neoliberale Globalisierung angegriffen, in Frage gestellt und ein Katalog von Gegenvorschlägen ins Gespräch gebracht. pax christi ist bewusst Teil dieser breiten Bewegung.

Wie sieht die Zukunft der Globalisierungskritik aber strategisch aus, wenn es nicht dabei bleiben soll, Minderheiten für die eigenen Anliegen zu sensibilisieren, sondern darum gehen soll, in der breiten Bevölkerung Mehrheiten für eine andere Politik zu gewinnen?

Zentral dafür ist die Verankerung zivilgesellschaftlichen Engagements in den Kommunen. Lokale Bündnisse gegen Sozialabbau und lokale Sozialforen sind dazu geeignet, Menschen vor Ort auf die unmittelbaren Folgen des neoliberalen Kahlschlags aufmerksam zu machen und die persönliche Betroffenheit „zu Hause“ zu verdeutlichen. Auf diese Weise kann es auch gelingen, Menschen für die globalisierungskritische Bewegung zu gewinnen, die ansonsten nicht politisch aktiv sind. Gleiches gilt für die regionale Ebene, wo den Menschen plastisch bewusst gemacht werden kann, was die Folgen von neoliberaler Politik für den Einzelnen sind. Gerade auf lokaler und regionaler Ebene ist die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften wichtig, weil hier verdeutlicht werden kann, in welchem globalen Zusammenhang die Verletzung von sozialer Gerechtigkeit vor Ort steht.

Auf nationaler Ebene ist es für zivilgesellschaftliche Gruppierungen und NGOs besonders schwierig, dauerhaft als politischer Faktor wahrgenommen zu werden, da man hier noch stärker darauf angewiesen ist, medial vermittelt zu werden. Dass jetzt die Einrichtung eines breit angelegten bundesweiten Sozialforums in Deutschland geplant wird, um mit der Kritik an der neoliberalen Politik eine breitere Öffentlichkeit dauerhaft zu erreichen, ist sehr zu begrüßen. Damit es nicht nach einer kurzen Phase der medialen Aufmerksamkeit wieder aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwindet, muss bei

diesem Vorhaben darauf geachtet werden, dass es nicht in die Hände von auf der einen Seite sektiererischen Grüppchen oder auf der anderen Seite dem Neoliberalismus letztlich doch zugeneigten Meinungsträgern gelangt. pax christi sollte sich an dem bundesweiten Sozialforum beteiligen.

Auf globaler Ebene sind die europäischen Sozialforen und die Weltsozialforen entscheidende Bezugspunkte für die globalisierungskritische Bewegung. Sie müssen wesentlich stärker als bisher in den Köpfen der Menschen verankert werden. Neben der konkreten Globalisierungskritik muss stärker als bisher die Entwicklung grundlegender Alternativen in den Vordergrund gestellt werden, die auch über den realen Kapitalismus hinausweisen. Dies wiederum darf aber nicht dazu führen, sich aus dem realen gesellschaftlichen Diskurs zu verabschieden und sich nur noch der Beschäftigung mit utopischen Gegenentwürfen zu widmen. Die Balance zwischen der Verankerung in der konkreten Praxis und der Entwicklung systemüberwindender Perspektiven wird eine der größten Herausforderungen sein, wenn die globalisierungskritische Bewegung sich zu einem langfristig tragfähigen und bedeutungsvollen Akteur im politischen Diskurs weiterentwickeln will.



5. Spurensuche: Wo liegen die Kernkompetenzen von pax christi?

Trotz des deutlich gewordenen Handlungsbedarfs sehen sich die Kirchenleitungen noch immer zu sehr als Besitzstandswahrer und zu wenig als prophetische Mahner. Die gleichsam zum Glaubensbekenntnis aufgewertete Behauptung „Es gibt keine Alternative“, ein Bekenntnis zur endgültigen „Immanenz“, fand und findet bei den Kirchen der reichen Länder des Nordens zu wenig grundlegenden Widerspruch. So scheinen die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft in ihrer vollen Radikalität nicht hinreichend erkannt zu werden: als eine Option für das Leben, die Suche nach Alternativen zur herrschenden Politik anzugehen.

pax christi als ökumenisch ausgerichtete katholische Friedensbewegung sieht es daher als seine Aufgabe an, in dieser Frage von den Kirchen Verantwortung und Parteinahme für die Opfer der Globalisierung und gegen deren Nutznießer zu fordern. In diesem

Sinne ist pax christi auf der einen Seite eine - wenn nicht real die - entscheidende Schaltstelle zwischen der globalisierungskritischen Bewegung und der katholischen Kirche. Als christlich inspirierte Friedensbewegung ist pax christi innerkirchlich breit verankert und bei aller Umstrittenheit anerkannt als progressive Bewegung innerhalb der katholischen Kirche. Innerhalb des Katholizismus mit seinem breiten Spektrum an theologischen und politischen Richtungen ist es die Rolle von Pax christi, Konsequenzen aus der Friedensbotschaft des Alten und des Neuen Testaments zu ziehen und ihre Umsetzung anzumahnen. pax christi steht für die Vision einer Welt ohne Vernichtungswaffen, ohne Armeen und ohne Kriege. pax christi steht ein für eine Politik, in der Konflikte friedlich gelöst werden und die die Bekämpfung der Ursachen von möglichen kriegerischen Konflikten in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellt. Da diese Ursachen sehr oft ökonomischer und sozialer Natur sind und diese heute größtenteils in einem engen Zusammenhang mit der neoliberalen Globalisierung stehen, ist das Engagement von Christen in der globalisierungskritischen Bewegung eine logische Konsequenz. Diese im realen kirchlichen Leben noch sehr schwach ausgeprägte Einsicht in der katholischen Kirche zu verankern, ist eine der zentralen Aufgaben von pax christi. Das innerkirchliche Wirken von pax christi kann sich also nicht auf die unmittelbare Beschäftigung mit Krieg und Frieden beschränken, sondern muss immer auch das Eintreten für wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen beinhalten.

Das katholische Selbstverständnis von pax christi sollte dabei immer weniger konfessionell verengt und immer mehr im Sinne von ökumenischer Katholizität praktiziert werden. Darüber hinaus ist es wünschenswert, auch Menschen und Gruppierungen anderer Religionsgemeinschaften für die eigenen Ziele zu gewinnen.

Mindestens genauso wichtig wie diese innerkirchliche und interreligiöse Aufgabe von pax christi ist ihre gesellschaftliche Aufgabe: Gerade als katholische Friedensbewegung hat pax christi der (Zivil-)Gesellschaft etwas zu sagen. Entscheidend ist dabei nicht, ob sie der Globalisierungskritik inhaltlich dabei etwas Exklusives hinzuzufügen hätte. Ob dies hier und da der Fall ist, hängt immer von den konkreten Gegebenheiten und den konkret handelnden Personen ab.

Entscheidend ist vielmehr, (a) bewusst als *Friedensbewegung* Teil der globalisierungskritischen Bewegung zu sein, also immer wieder den Zusammenhang deutlich zu machen, der zwischen globaler

sozialer Ungerechtigkeit und mörderischem Krieg besteht. Soziale Gerechtigkeit ist Voraussetzung für Frieden. Wer eine friedliche Welt will, muss sie gerecht gestalten. Das ist das spezifische Anliegen der Friedensbewegung.

Entscheidend ist (b), bewusst als *christliche Bewegung* Teil der globalisierungskritischen Bewegung zu sein, das heißt: deutlich zu machen, dass pax christi die globalisierungskritische Bewegung aus einer spezifischen Motivation und aus einer spezifischen Hoffnung heraus unterstützt und mitgestaltet. Nämlich aus der Überzeugung heraus, dass der Gott des Alten und des Neuen Testaments will, dass die Menschen weltweit in Frieden und Gerechtigkeit miteinander leben, und aus der biblisch bezeugten Hoffnung heraus, dass Gott diese Vision letztlich für alle Menschen verwirklichen wird. Daraus erwächst die Konsequenz, dass derjenige, der in der jüdisch-christlichen Glaubenstradition steht, die Aufgabe hat, sich für eine solche Welt aktiv einzusetzen, also am Reich Gottes mitzubauen, das nach christlicher Überzeugung mit dem Auftreten Jesu schon angebrochen, aber noch nicht vollendet ist.

Diese spezifische Motivation sollte es pax christi ermöglichen, das globalisierungskritische Projekt sehr ernst zu nehmen und langfristig anzulegen. Entscheidend ist dabei die Bündnisfähigkeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, die sich jeweils aus ihrer spezifischen Motivation heraus als Teil der globalisierungskritischen Bewegung verstehen. Dabei darf es keine Berührungängste gegenüber weltanschaulichen Richtungen geben, die von ihrer Grundausrichtung her eine skeptische bis kritische Haltung zu Religion im Allgemeinen und katholischem Christentum im Besonderen haben. Worauf es ankommt, ist die gemeinsame Kritik an der neoliberalen Globalisierung und sind gemeinsame inhaltliche Ziele. Ohne dass einer bestimmten Gruppe dabei ein Exklusivitätsanspruch zugesprochen werden darf, ist in der gegenwärtigen Situation das globalisierungskritische Netzwerk Attac der richtige Bezugspunkt für diese Zusammenarbeit, da hier Gruppierungen mit weltanschaulich ganz unterschiedlichen Ansätzen versuchen, an dem gemeinsamen Ziel, der neoliberalen Globalisierung eine sozial gerechte Alternative entgegenzusetzen, zusammenarbeiten. Denn eine andere Welt ist möglich und nötig. Und sie wird kommen. Wir wollen mithelfen, sie zu bauen.

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN „Association of South East Asian Nations“, 1967 gegründete Organisation von 7 südostasiatischen Staaten zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Zusammenarbeit in der Region

BIP „Bruttoinlandsprodukt“, Geldwert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Staat in einem bestimmten Zeitraum hergestellt wurden, zugleich Messgröße für wirtschaftliche Gesamtleistung eines Landes

GATS „General Agreement on Trade in Services“, allgemeines Abkommen der WTO über den Handel mit Dienstleistungen mit dem Ziel der Liberalisierung des Dienstleistungssektors

ILO „International Labour Organization“, internationale Arbeitsorganisation, 1919 im Rahmen des Völkerbundes gegründet, seit 1946 Sonderorganisation der UNO zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit mit Sitz in Genf

ISO „International Organization for Standardization“, fördert die weltweite Standardisierung, um den internationalen Austausch von Produkten zu erleichtern. Sitz: Genf

IWF „Internationaler Währungsfonds“, 1945 gegründete Organisation für währungspolitische Zusammenarbeit zur Förderung des Welthandels, Stabilisierung der Währungen und zum Abbau von Devisenbeschränkungen. Wirkt eng mit der Weltbank zusammen. Sitz: Washington

NAFTA „North American Free Trade Agreement“, nordamerikanisches Freihandelsabkommen, 1994 zwischen Kanada, Mexiko und den USA geschlossen mit dem Ziel der Förderung des Handels

OECD „Organization for Economic Cooperation and Development“, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, besteht seit 1961. Mitglieder sind die 29 am meisten industrialisierten Staaten. Ziel ist die Planung und Koordinierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe. Sitz: Paris

TRIPS „Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights“, Abkommen der WTO über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums, umfasst Patente, Rechte von Künstlern und Produzenten von Rundfunk- und Fernsehsendungen, Copyright, Fabrikationsgeheimnisse u. a.

WTO „World Trade Organization“, 1995 gegründete Nachfolgerin des GATT, des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, Sonderorganisation der UNO zur Förderung und Überwachung des Welthandels. Fast alle Staaten der Welt sind Mitglied. Sitz: Genf

